MARKUS SCHREIBER / AP / DPA

Griechenlandhilfen

Paris gegen Berlin

Schäuble will keine weiteren Schuldenerleichterungen.

Das Treffen der Euro-Gruppe zu Hilfen für Griechenland am Montag droht zu scheitern. Grund dafür ist ein tief greifendes Zerwürfnis zwischen Deutschland und Frankreich. Frankreichs Finanzminister Michel Sapin befürwortet Schuldenerleichterungen für Griechenland, weil er glaubt, ohne eine solche Zusage könne die griechische Regierung die von den Geldgebern verlangten Sparbeschlüsse nicht durchs Parlament bringen. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) ist strikt dagegen. Zunächst müsse die erste Überprüfung des dritten Hilfsprogramms abgeschlossen sein, die seit Oktober 2015 überfällig ist. Zusätzlich müsse die Regierung des griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras Vorratsbeschlüsse zu weiteren Sparmaßnahmen verabschieden, vorher sei an Schuldenerleichterungen nicht zu denken, meint Schäuble.

Deutschlands Verbündete in der Frage sind Finnland und Österreich, zu Frankreich steht neben Griechenland vor allem Portugal. Kommissionschef Jean-Claude Juncker hält allerdings die Forderungen nach Vorratsbeschlüssen für politisch heikel. Zusätzlich erschwert werden die Verhandlungen durch den Internationalen Währungsfonds, der anders als Deutschland einen sehr weitreichenden Schuldenerlass für die Griechen fordert und vergangene Woche einen neuen Vorschlag dazu vorgelegt hat. Dieser soll Schuldenerleichterungen für mehrere Jahrzehnte vorsehen. mp, rei

Kanzleramt

Stille Entschädigung

Das Kanzleramt beschäftigt Hans Josef Vorbeck, Schlüsselfigur in der Affäre um US-Spionage gegen den SPIEGEL, über die Pensionsgrenze hinaus und betreibt damit ein bisschen Wiedergutmachung. Der Beamte hatte im Jahr 2011 seinen Posten als stellvertretender Leiter der Geheimdienstabteilung im Kanzleramt ohne Angabe von Gründen verloren. Im vergangenen Jahr kam heraus, dass die CIA ihn seinerzeit bei seinen Vorgesetzten angeschwärzt hatte. Die Amerikaner beschuldigten Vorbeck, gegenüber dem SPIEGEL Geheimnisse ausgeplaudert zu haben (SPIEGEL 28/2015). Sie bezogen sich auf abgehörte Telefonate – obwohl eine solche Ausforschung klar rechtswidrig ist. Vorbeck betreut heute für das Kanzleramt die Aufarbeitung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes durch eine Historikerkommission.

Als kürzlich das Geschichtsprojekt verlängert wurde, entschied das Kanzleramt, Vorbecks Bitte nachzukommen und ihn bis Ende 2017 zu beschäftigen – obwohl der Beamte in wenigen Monaten die Pensionsgrenze erreicht. klw

Minderjährige

Knast für Flüchtlingskinder

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge werden in Griechenland in Zellen von Polizeistationen und Lagern festgehalten. Das berichten Mitarbeiter der Kinderrechtsorganisation Save the Children und des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR). Die Kinder würden eingesperrt, weil es keine Betreuer und nicht genügend Plätze in Kinderheimen gebe. Laut griechischer Regierung existieren 477 solcher Heimplätze, doch alle sind belegt. Das UNHCR schätzt, dass sich 2000 unbegleitete Kinder und Jugendliche im Land aufhalten. „Die Zahl liegt höchstwahrscheinlich noch viel höher, weil viele Jugendliche, die ohne Eltern ankommen, von den griechischen Behörden direkt als Erwachsene registriert werden“, sagt Imad Aoun, Sprecher von Save the Children in Griechenland. Die Lage für die Minderjährigen sei „deprimierend und gefährlich“, viele würden krank. Da sich herumspreche, wie schlecht die Zustände in den Polizeistationen seien, lebten viele Jugendliche mittlerweile auf der Straße und in Parks, berichtet Aoun. akm

Ein Impressum mit dem Verzeichnis der Namenskürzel aller Redakteure finden Sie unter www.spiegel.de/kuerzel